

BdSt-Vorstandsmitglied Jan Vermöhlen (links) stellte am 9. Oktober 2024 die diesjährigen Verschwendungsfälle aus Niedersachsen und Bremen im Rahmen der Landespressekonferenz der Öffentlichkeit vor.

## Schwarzbuch 2024/25 - Die öffentliche Verschwendung

Mit sechs Fällen aus Niedersachsen und drei Fällen aus Bremen und Bremerhaven macht der Bund der Steuerzahler in der 52. Ausgabe seines jährlich erscheinenden Schwarzbuchs auf die Verschwendung von Steuergeld aufmerksam. Darunter ein teures kommunales Lastenrad-Förderprogramm, ein abgeblasenes Klimaschutzprojekt und mit der Bremer „FreiKarte“ ein besonders hartnäckiger Fall aus der Kategorie „Geldverteilen mit der Gießkanne“.

### Bremen reagiert auf BdSt-Kritik: Bovenschultes Märchenstunde

Die wiederholte Kritik des Bundes der Steuerzahler an der Bremer FreiKarte, dem Prestigeprojekt von Bürgermeister Andreas Bovenschulte, scheint Wirkung gezeigt zu haben. Noch am Tag der Veröffentlichung sah sich dieser öffentlich zu einer „Verteidigung“ der FreiKarte genötigt. Bei dem Versuch griff er jedoch nicht nur sprachlich in die unterste Schublade, sondern versuchte darüber hinaus das irreführende Bild zu zeichnen, dass Bremer Jugendliche dank der FreiKarte nun scharenweise in die städtischen Museen strömen würden. Die Realität sieht allerdings anders aus, wie aus Zahlen des Bremer Senats deutlich hervorgeht.

Ganz normalen Familien gönne der Bund der Steuerzahler „nicht das Schwarze unter den Fingernägeln“. So reagierte Bremens Bürgermeister verbal auf die Kritik des Bundes der Steuerzahler an der Bremer „FreiKarte“, mit der die Freie Hansestadt allen Jugendlichen unter 18 Jahren, ungeachtet der finanziellen Situation in ihren Familien, ein Guthaben von 240 Euro für die persönliche Freizeitgestaltung zur Verfügung stellt. Über 30 Mio. Euro lässt sich Bremen dieses bundesweit einmalige Projekt kosten - als Haushaltsnotlage wohl gemerkt, mit der mit großem Abstand höchsten Pro-Kopf-Verschuldung aller Bundesländer.

Was Bürgermeister Bovenschulte in seinem Statement nicht erwähnt: Mit dem Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes gibt es längst ein etabliertes Förderprogramm, das sich gezielt an die Kinder finanziell bedürftiger Familien richtet, um diesen dauerhaft die Teilnahme am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft zu ermöglichen. Unterstützt werden etwa der Besuch der Musikschule oder die Mitgliedschaft im Sportverein. Die FreiKarte vermag eine dauerhafte Unterstützung hingegen nicht zu leisten.

Sie kann nur vorübergehend (2022-2025) für einzelne Besuche in Kinos, Museen, Sporteinrichtungen oder auch auf Volksfesten eingelöst werden. Der Bürgermeister frohlockt dennoch: Seitdem es die FreiKarte gibt, sehe man im Universum (Anm.: ein Museum in Bremen) Kinder aus Stadtteilen, die man dort früher nie gesehen habe. Dahinter verbirgt sich offensichtlich der Versuch, die FreiKarte als Bildungserfolg für bedürftige Kinder zu verkaufen. Grund genug, sich die Nutzungszahlen der FreiKarte genauer anzusehen.

#### Falsche Prioritäten: Karussellfahrten statt Bildung

Aus den vorläufigen Auswertungen des Bremer Senats zum Nutzungsverhalten der Kinder und Jugendlichen geht hervor: Gerade mal rund 5,4 Prozent der Einlösungen entfallen auf den Bereich Museen, Theater und Kulturzentren, die Volkshochschule oder Zoo-besuche. Demgegenüber stehen anteilige Einlösungen im Umfang von 18,3 Prozent für Kinobesuche, 31 Prozent für Bewegungsaktivitäten (z.B. Schwimmbäder, Kletterhallen oder Minigolf) und satte 45,1 Prozent für Besuche auf Volksfesten wie dem Freimarkt.

Wäre es Bremen wirklich um die Bildung der Jugendlichen oder die Teilhabe bedürftiger Kinder gegangen, hätte man die über 30 Mio. Euro besser in das marode Bremer Schulsystem oder die örtliche Jugendfürsorge gesteckt. Wir haben nachgerechnet: Mit den Mitteln der FreiKarte hätten rund 1,2 Mio. Nachhilfestunden finanziert werden können. Davon hätten Bremens Kinder und Jugendliche ein ganzes Leben lang profitieren können. Carl Kau, Bremer Vorstand des Bundes der Steuerzahler, brachte die Kritik in seinem Pressestatement auf den Punkt: „Bremen hat einen Bildungsauftrag, investiert aber lieber in Karussellfahrten“.